

HAUSHALT 2024

Zweite Lesung

Donnerstag, 09. November 2023

ANTRÄGE

Verwaltungs- und Finanzausschuss

Antrag: Ein einheitliches Solidarticket im VVS in Rahmen des Deutschlandtickets umsetzen

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, die Landkreisverwaltung zu beauftragen, sich nach Einführung des 49 Euro-Tickets und der Einführung des 365 Euro-Jugendtickets in Baden-Württemberg für ein einheitliches Solidarticket im VVS einzusetzen. Als Grundlage soll das Modell der Landeshauptstadt Stuttgart dienen. Das Sozialticket soll für alle Bezieher:innen von Leistungen nach SGB II, SGB XII, WoGG und AsylbLG gelten.

Begründung

Mit dem 49 Euro-Ticket und dem 365 Euro-Jugendticket gibt es inzwischen Regelungen, die auch von einzelnen Städten und Landkreisen im VVS (Landeshauptstadt Stuttgart, Landkreis Göppingen) oder von Bundesländern wie Hessen oder Niedersachsen aufgegriffen wurden, um auch für finanziell schwächer gestellte Menschen weiterhin erschwinglich zu machen. Hier sollte der VVS jetzt die Initiative für sein Verbundgebiet ergreifen.

Ein Solidarticket ist nicht nur ein sozialpolitisches Instrument zur Verwirklichung von demokratischer, sozialer und kultureller Teilhabe der entsprechenden Bevölkerungsgruppen, sondern ein unverzichtbarer Baustein für eine gesamthafte Verkehrswende, die die Erreichung der Klimaziele von Bund und Land mit ermöglicht. Als gemeinsamer Verkehrsverbund ist uns dabei eine regionalweit einheitliche Lösung ein Anliegen, das Mobilitätsbedarfen ebenso wie dem Abbau von Bürokratie dient.

Antrag: Festsetzung der Kreisumlage

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt:

1. § 5 der Haushaltssatzung wird wie folgt abgeändert: „Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf 31,60 v.H. der Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden des Landkreises festgesetzt.“
2. Die Verwaltung setzt den Beschluss des Kreistages vom 13.07.2023: „*Die Verwaltung lädt zeitnah zu einer Erarbeitung von neuen Finanzierungsleitlinien, die ab dem Haushaltsjahr 2026 gelten sollen, ein.*“ unverzüglich um.

Begründung:

Zu 1.:

In den dieses Jahr neu beschlossenen Finanzierungsleitlinien ist vorgesehen, dass die Ergebnismrücklage bei 20% der Aufwendungen des Planjahres liegen soll. Die Verwaltung hat in Ihrer Berechnung, die Grundlage des Planentwurf ist, dabei statt dem letzten festgestellten Stand der Ergebnismrücklage zum 1.1.2023 eine eigene Prognose für Ende 2023 herangezogen. Aufgrund der massiven Abweichungen der Prognosen der Verwaltung zum Ist-Ergebnis in den letzten Jahren ist es geboten, die Planung nicht auf unsicheren Prognosen fußen zu lassen, sondern auf tatsächlichen Ist-Werten. Darum ist von einem Ausgangswert der Ergebnismrücklage von 164,0 Mio. Euro auszugehen. Bei einer Mindestrücklage Ende 2024 von 159,9 Mio. Euro ergibt sich analog der Rechnung der Verwaltung ein Hebesatz von 31,6 v.H.

Zu 2.:

Der Beschluss des Kreistags zur neuen Finanzierungsleitlinie hat unter Ziffer 4 eine zeitnahe Befassung des Themas beinhaltet, um die zeitlich auf zwei Jahre befristeten Finanzierungsleitlinien dauerhaft auszuformulieren und außerdem das offene Thema der Liquiditätssteuerung zu besprechen. Eine Einladung dazu durch die Verwaltung ist seit dem, 13.07.2023 nicht erfolgt. Darum soll die Verwaltung erneut beauftragt werden die Terminierung unverzüglich vorzunehmen und einen Formulierungsvorschlag für die Liquiditätsbetrachtung vorzulegen, wie dies unter Punkt 2 des Kreistagsbeschlusses formuliert wurde.

Im Übrigen halten wir es für geboten, dass sich der Kreistag mittelfristig mit strukturell wirkenden Konsolidierungsmaßnahmen im Kreishaushalt beschäftigt und streben dazu an, im neuen Kreistag eine Haushaltsstrukturkommission einzusetzen.

Antrag: Unterstützung mittelständischer Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, 20.000 Euro in den Haushalt 2024 einzustellen, um 1-2 anlasslose Prüfungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes in den Nahverkehrslosen vorzunehmen.

Begründung

Unternehmen im Bereich ÖPNV sind spätestens seit Einführung der europaweiten Ausschreibungen einem enormen Wettbewerb unterworfen. Auch im Landkreis Esslingen haben wir die Auswirkungen in den letzten Monaten und Jahren zu spüren bekommen. **Um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und vor allem unsere soliden mittelständischen Unternehmen vor unlauteren Bietern zu schützen**, hat das Land das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) beschlossen. Dieses schützt vor allem anständige, lokale Busunternehmen vor Dumpinganbietern, die überregional, z.T. europaweit verkehren.

Wie bei jedem Gesetz, ist seine Umsetzung allerdings nur so gut, wie es auch kontrolliert wird. Jedes Parkverbot und jede Geschwindigkeitsbegrenzung ist wertlos, wenn klar ist, dass keine Kontrolle stattfindet. Im Landkreis Esslingen ist keine Überprüfung der Einhaltung des LTMG geplant. **So fehlt unseren Busunternehmen der Schutz, der ihnen laut LTMG zusteht.** Darum beantragen wir jährliche, anlassunabhängige Kontrollen in ein bis zwei Nahverkehrslosen des Landkreises durch ein externes Büro.

Antrag: Führerscheinrückgabe mit Deutschlandticket belohnen

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, die Landkreisverwaltung zu beauftragen, das Modell der Führerscheinrückgabe innerhalb des VVS anzupassen, dass anstelle eines VVS-Jahrestickets ein Deutschlandticket erhalten werden kann.

Begründung

Die Teilnahme des Landkreises am Projekt Führerscheinrückgabe für Senior:innen ist bislang sehr erfolgreich verlaufen und damit ein guter Beitrag zur Stärkung des ÖPNV. Mit der Einführung des Deutschlandtickets ist der Anreiz für Senior:innen aber nur dann besonders gut gegeben, wenn es sich nicht nur um ein VVS weites Jahresticket, sondern um ein deutschlandweites Ticket handelt.

Sachstandsbericht zur Verbindung Fildern ins Neckartal

Die SPD-Fraktion beantragt einen Bericht, was inzwischen für die im Nahverkehrsplan auch vorgesehene umsteigefreie und schnellere Verbindung zwischen Filderstadt (über Ostfildern) und Esslingen unternommen und erreicht wurde.

Begründung

Die Verbindung der starken Wirtschaftsräume der Fildern und Esslingens sind ein für uns zentrales Anliegen des neuen Nahverkehrsplans. Daher bitten wir um einen Bericht, wie die Umsetzung ist.

Verwaltungs- und Finanzausschuss sowie Aufsichtsrat medius KLINIKEN

Antrag: Kinderbetreuung als Standortfaktor stärken!

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt die Prüfung einer Einrichtung von Tagespflegegruppen in anderen geeigneten Räumlichkeiten (TiGeR) im Rahmen der medius KLINIKEN gGmbH zur Verbesserung der örtlichen Betreuungssituation.

Weiterhin bittet die SPD-Kreistagsfraktion um erneute Prüfung der Einrichtung einer Betriebskindertagesstätte im Rahmen der verschiedenen anstehenden Baumaßnahmen der medius KLINIKEN gGmbH.

Begründung

Die Gewinnung von Fachkräften wird immer herausfordernder. Ein wichtiger Schlüsselfaktor steht in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Zeiten zu geringer Betreuungsplätze gerät ein betriebseigenes Angebot noch stärker in den Blick.

Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion soll der Landkreis daher mit gutem Beispiel voran gehen. Neben der Schaffung eigener Kindertageseinrichtungen kann auch in Ergänzung ein örtliches Angebot des Tageselternvereins Kreis Esslingen e.V. geeignet sein, um die für den Klinikbetrieb notwendigen Betreuungsplätze sicherzustellen.

Als interessante Ergänzung könnte sich hierbei die Einrichtung einer Tagespflege in anderen geeigneten Räumlichkeiten (TiGeR) in den Kliniken zur Abbildung von örtlichen, flexiblen Betreuungsmöglichkeiten für Klinikbeschäftigte erweisen.

Weiterhin hält die SPD-Kreistagsfraktion jedoch die Errichtung von Betriebskitas für erforderlich, um langfristig einen eigenständigen Beitrag zugunsten des Personals zu leisten.

Antrag: Nachhaltigkeitsstrategie

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt eine Klimaschutzstrategie für alle Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften – insbesondere die medius KLINKEN gGmbH.

Diese beinhaltet eine CO₂-Bilanzierung, Ziel-Vorgaben für Energieeinspar- und CO₂-Minderungspotentiale sowie eine jährliche Ermittlung dieser Werte.

Begründung

Als Landkreis sind wir gefordert, neben unserer Gesamtverantwortung auch konkret in all unseren Beteiligungen und Tochterfirmen uns mit einer Klimaschutzstrategie zu befassen, die diesen Namen verdient und die sich an einer realistischen Faktenbasis orientiert. Als SPD-Kreistagsfraktion beantragen wir daher die Erarbeitung eines Konzeptes, das in einem bestimmten zeitlichen Horizont ausgehend der politischen Rahmenbedingungen verwirklicht werden kann. Wir erwarten eine Klimaneutralität bis 2040, der wir uns durch Anerkennung der Ziele des Landes Baden-Württemberg verschrieben haben. Das Bewusstsein allein ist nicht ausreichend, konkrete Richtlinien und Maßnahmen sind unerlässlich.

In einer solchen Strategie sehen wir eine wirksame Ergänzung zum bisherigen Monitoring des EEA.

Als SPD-Kreistagsfraktion sind wir überzeugt, dass die dadurch gewählten Klimaschutzmaßnahmen mittel- bis langfristig für sich genommen wirtschaftlich sind. Schon das Photovoltaik-Programm für die medius KLINIKEN, das wir im vergangenen Jahr forderten zeigt dies deutlich.

Ausschuss für Technik und Umwelt

Antrag: Fairtrade Landkreis

Die SPD-Fraktion beantragt die Landkreisverwaltung zu beauftragen, sich als Fairtrade Landkreis zertifizieren zu lassen. Entsprechende Haushaltsmittel sind für die Konzeption und Umsetzung einzustellen.

Begründung:

Als konkretes Zeichen für mehr Gerechtigkeit und Fairness in unserer globalisierten Welt wollen wir anderen Landkreisen (Tuttlingen, Enzkreis, Heidenheim, Würzburg, München, Bayreuth) sowie unseren Städten und Gemeinden Filderstadt, Kirchheim unter Teck, Köngen, Nürtingen, Ostfildern, Plochingen und Wernau nachziehen und den Einstieg in die Zertifizierung als Fairtrade Landkreis beantragen. Der Landkreis Esslingen geht damit als Vorbild voran und bringt damit zum Ausdruck, dass eine Veränderung möglich ist und jede und jeder etwas bewirken kann. Das Siegel „Fairtrade“ steht für ökologische, ökonomische und soziale Mindeststandards und ermöglicht so weltweit mehr als einer Millionen Plantagearbeitern und Kleinbauern in Entwicklungsländern fairere Arbeits- und Lebensbedingungen. Durch das Verbot der Anwendung bestimmter Substanzen und eine biologische Anbauweise ist das Fairtrade-Siegel für uns nicht nur unter sozialen, sondern auch unter ökologischen Aspekten unterstützenswert.

Antrag: Regionales Handwerk und Pflege stärken!

Die SPD-Fraktion beantragt die Landkreisverwaltung zu beauftragen, mit den Städten und Gemeinden Gespräche zur Einführung eines kreisweiten Parkausweises für Handwerker:innen sowie Pflegedienste zu führen. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, Gespräche für eine Ausdehnung von Parkausweisen auf die ganze Region Stuttgart zu führen.

Begründung:

Nachdem im Rems-Murr-Kreis sowie im Landkreis Böblingen bereits ein erfolgreiches Modell für kreisweite Handwerker:innenausweise besteht, bittet die SPD-Kreistagsfraktion einen solchen Ausweis im Landkreis Esslingen vorzubereiten. Die bestehenden Ausweise berechtigen Handwerker:innen unter anderem dazu im eingeschränkten Halteverbot, in verkehrsberuhigten Bereichen und in Bereichen mit Parkscheibenpflicht ohne Beachtung der Höchstparkdauer zu parken. Wo Parkgebühren verlangt werden, entfallen diese für Handwerksbetriebe. Gültigkeit besitzt er immer für den Einsatz bei den Kund:innen der Unternehmen.

Ein solches Modell soll nun für den Landkreis Esslingen übertragen und dabei aber auch auf andere Berufsfelder erweitert werden. Ganz besonders gilt dies für die Pflege.

Neben der kreisweiten Einführung sollen Gespräche für eine regionalweite Lösung aufgenommen werden. Denn: All diese Maßnahmen reduzieren den bürokratischen Aufwand für Firmen, die in unserer Region tätig sind.

Antrag: Sachstandsbericht zur orangenen Wertstofftonne

Die SPD-Fraktion beantragt einen Bericht zur orangenen Wertstofftonne aus dem Landkreis Böblingen im ATU.

Begründung:

Als SPD-Kreistagsfraktion ist es uns ein Anliegen, das bestehende Abfallwirtschaftskonzept im Sinne der Kreislaufwirtschaft und der Ressourcenschonung weiterzuentwickeln.

In diesem Sinne betrachten wir die Einführung einer Wertstofftonne im Landkreis Böblingen als einen möglichen Ansatz zur weiteren Ressourceneinsparung. Um besser beurteilen zu können, welche Chancen hinter dem Konzept stehen, soll ein Bericht im ATU erfolgen.

Kultur- und Schulausschuss

Antrag: Einrichtung eines Runden Tisches Ausbildung

Die SPD-Kreistagsfraktion regt an, dass der Landkreis zu einem „Runden Tisch Ausbildung“ einlädt. Alle relevanten Akteur:innen, von den Kammern bis hin zu den Praktiker:innen sollten dabei beteiligt werden. Für die Wirtschaftsförderung des Landkreises wäre dies zudem eine Aufgabe, der sie sich aus eigenem Antrieb stellen sollte.

Begründung:

Angesichts des demografischen Wandels und des sich weiter zuspitzenden Fachkräftemangels können wir es uns als Gesellschaft nicht leisten, so viele junge Menschen, die eine Ausbildung machen könnten, zu verlieren. Handel und Gewerbe, Gastronomie und Dienstleistung - die Betriebe im Landkreis sind auf motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiter:innen angewiesen.

Sachstandsbericht zu Schulabgänger:innen

Die SPD-Kreistagsfraktion bittet die Verwaltung um eine Information zu den Tätigkeiten der Abgänger:innen nach ihrem schulischen Werdegang. Dazu zählen u.a. Übergangszahlen von Schulabgänger:innen in die Berufsausbildung, in ein Studium, in einen Freiwilligendienst oder eine sonstige Tätigkeit. Ziel eines solchen Berichts soll die mögliche Ermittlung von Stellschrauben und Initiativen sein, um durch eine engere Begleitung den Übergang zu verbessern.

Begründung

Obwohl viele junge Menschen die beruflichen Schulen mit einem Abschluss verlassen, kommen trotzdem nicht alle im Erwerbsleben an. Auch bei den allgemeinbildenden Schulen der Kommunen ist dieser Trend zu beobachten. Wir vermuten, dass nicht alle anschließend „ein Jahr durch Australien“ reisen.

Durch nähere Informationen zu den weiteren Verläufen der Abgänger:innen sind vielleicht Stellschrauben und Initiativen identifizierbar, um durch eine engere Begleitung den Übergang zu verbessern.

Sozialausschuss

Sachstandsbericht: Wohnkostenlücken bei Bedarfsgemeinschaften

Die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung nach SGB II in tatsächlicher Höhe bis zu einer angemessenen Obergrenze soll das Existenzminimum im Bereich Wohnen sichern. Nach dem Bericht der Bundesregierung zur Wohnkostenlücke 2021 weichen deutschlandweit die anerkannten Kosten der Unterkunft von den tatsächlichen Kosten ab. Im Landkreis Esslingen liegt die Abweichung danach bei 21,6% (in Stuttgart um 5%, im Rems-Murr-Kreis 7,1%).

Dies birgt die Gefahr einer Unterschreitung des Existenzminimums, wenn die Mehrkosten aus dem Regelbedarf bestritten werden müssen. Die Festlegung der Mietobergrenze darf keine Sparmaßnahme der Verwaltung sein. Vielmehr ist sie gesetzlicher Anspruch.

- Worin ist diese Differenz begründet?
- Nach dem „Schlüssigen Konzept 2018“ (dort S. 53) hat der Landkreis zur selbständigen örtlichen Fortschreibung der Mietobergrenze ein Tool erworben. Wurde dies bei der Fortschreibung zum 1.7.2023 angewendet? Wenn nein, warum?
- Wenn das Urteil zum „Schlüssigen Konzept 2018“ vorliegt, bitten wir um Bericht im Ausschuss.
- Wir beantragen die Beteiligung der Liga bei der künftigen Ermittlung der Mietobergrenzen.

Antrag: Armut – Kinderarmut – Altersarmut

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt

1. einen Bericht zum Stand der Armutspräventionsketten im Sozialausschuss.
2. die Altersarmut stärker in der Kommunalen integrierten Sozialplanung zu berücksichtigen.

Begründung

Dem Auseinandertriften der Gesellschaft muss entgegengewirkt werden. Allen Gesellschaftsteilen muss die Teilhabe ermöglicht werden. Der Kreistagsfraktion wurde versichert, dass die Armutsbekämpfung wirksam im Rahmen der Kommunalen Integrierten Sozialplanung (KIS) begegnet wird. Diese soll durch nachfolgenden Antrag um den Aspekt der Altersarmut weiter ergänzt werden.

Antrag: Wertevermittlung stärken

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, Handlungsempfehlungen zur Förderung und Stärkung der Wertevermittlung in den bestehenden Beteiligungsforen des Landkreises zu erarbeiten und dieses im Sozial- und Jugendhilfeausschuss zum weiteren Vorgehen vorzustellen.

Begründung

Der zunehmende Antisemitismus gerade auch bei Jugendlichen lässt uns aufhorchen. Wir wollen dagegenhalten bei Verherrlichung der Hamas durch Jugendlichen, der Zunahme der Jugendgewalt und Bandenkriminalität. Ursache ist in erster Linie der Umstand, dass Kinder und Jugendliche erfahren, „nicht dazu zu gehören“ oder nicht über die entsprechenden Erfahrungsräume verfügen, die ihnen eine wertebezogene Sozialisation nach unserem Wertebild ermöglicht.

Der KJR hat sich dieses Thema bereits aufgegriffen. Darüber hinaus muss ein gemeinsames, abgestimmtes Vorgehen in den Kitas, den Schulen und der freien Jugendarbeit erfolgen. Wir beantragen, dass im Rahmen der Kommunalen Integrierten Sozialarbeit im Handlungsfeld „Jugend, Familie und außerschulische Bildung“ die betroffenen Arbeitsgemeinschaften (u.a. AG Kinder- und Jugendarbeit, AG Kindertagesbetreuung) eng zusammenarbeiten und dabei Handlungsempfehlungen zum Thema erarbeiten.

Weiterhin ist die Frage der Wertevermittlung auch im Aktionsbündnisses für Demokratie und Toleranz zu beraten. Über die Demokratiebildung hinaus, sind zentrale Menschenrechte, der Einsatz gegen Rassismus und insbesondere Antisemitismus zu fördern.

Auf Basis der Beratungen der Expert:innen soll ermittelt werden, welche Schritte in der Kreispolitik dazu unternommen werden können, um diese Wertevermittlung stärker einfordern zu können.

Antrag: Zukunft des Aktionsprogramms Demokratie und Toleranz

Die Fraktionen SPD und DIE LINKE bitten die Verwaltung, über die zukünftigen Planungen bzgl. des „Aktionsprogramms Demokratie und Toleranz“ nach Ablauf des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ Ende nächsten Jahres im Landkreis zu berichten.

Begründung:

Basierend auf den Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE verabschiedete der Kreistag am 16.11.2021 mit großer Mehrheit das „Aktionsprogramm Demokratie und Toleranz“. Seitdem wurden zahlreiche Projekte im Bereich der politischen Bildung und Präventionsarbeit erfolgreich finanziell gefördert. Ende 2024 wird die finanzielle Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – welches für die Umsetzung des Aktionsprogramms von immenser Wichtigkeit ist – auslaufen. Um frühzeitig eine Planung für eine mögliche Weiterführung des Programms zu gewährleisten, bitten wir die Verwaltung diesbezügliche Pläne dem Kreistag vorzustellen.

Antrag: Bündnis für bezahlbaren Wohnraum einrichten

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, der Landkreis möge ein Bündnis für bezahlbaren Wohnraum nach dem Vorbild des Landkreises Böblingen ins Leben rufen.

Ziel des Bündnisses ist es, durch Vernetzung, Information, sowie gemeinsame Initiativen zur Schaffung des dringenden benötigten bezahlbaren Wohnraums in der Region beizutragen.

Begründung:

Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren ein besonders enges Gut. Zugleich benötigt es mehr Aktivität der öffentlichen Hand als bisher, um die Herausforderungen zu bewältigen.

Der Landkreis kann hier zuvörderst als Vermittler auftreten. Diese Rolle nimmt der Landkreis bereits in vielen anderen politischen Handlungsfeldern, nicht zuletzt auch im Klimaschutz ein. Darum hält es die SPD-Kreistagsfraktion für zwingend erforderlich, dass der Landkreis gemeinsam mit seinen Städten und Gemeinden sowie Akteur:innen der Zivilgesellschaft, freien Trägern und Wohnungsbauunternehmen ein Bündnis für bezahlbaren Wohnraum einrichtet.

Als Beispiel hierfür kann das Beispiel aus Böblingen dienen:

https://www.lrabbb.de/start/Service+_Verwaltung/buendnis+fuer+bezahlbaren+wohnraum+im+kreis+boeblingen.html